

Bundeswehr mit Atomwaffen auszurüsten. Der millionenfach erklärte Wille des Volkes aber war und ist gegen die Atomaufrüstung gerichtet!

Die Bundestagswahlen vom 17. September heben sich in ihrer Unfreiheit noch deutlicher ab, sie tragen besonderen Charakter, denn mit diesen Wahlen erstreben die Bonner Ultras die Durchsetzung eines Programms, das sie offen als Nachfolger Hitlers und seiner Hintermänner charakterisiert.

Die aggressivsten Kräfte des westdeutschen Monopolkapitals erstreben wie damals die Durchsetzung eines zutiefst barbarischen, eines faschistischen Programms nach innen und außen. Die Denkschrift der Hitlergenerale, deren Durchsetzung das erklärte Ziel der Bonner Regierung ist und die Deutschland in jedem Fall zum Kampfplatz erklärt, die Blitzkriegspläne gegen die Deutsche Demokratische Republik, der in Manövern bereits geübte Einsatz von Atomwaffen gegen deutsche Städte stehen in ihrer Grausamkeit und Brutalität den Plänen der Nazifaschisten in nichts nach.

Kriegsminister Strauß hat jetzt in Santa Rosa in den USA ein weiteres getan, um die Fortsetzung der Nazipolitik durch die Bonner Regierung kundzutun. Er erklärte: „Die Zeit des souveränen Nationalstaates kleinerer oder mittlerer Größe in Europa (ist) endgültig abgelaufen.“<sup>5 6 \* 4</sup> Unter der fast gleichlautenden These („Auch die europäischen Völker selbst werden nicht länger pls souveräne Einheiten weiterleben können“<sup>0</sup>) hatten die Nazis die europäischen Völker unterjocht. Das ist auch das Ziel von Bonn. Dabei geht es ihnen nicht nur um die Völker Ost-, sondern auch Westeuropas. Für den Preis der nationalen Interessen des deutschen Volkes soll unter dem Deckmantel der „europäischen Integration“ und der „atlantischen Gemeinschaft“ die Vorherrschaft des westdeutschen Imperialismus in Europa erkaufte werden.

Zum faschistischen Programm der Bonner Kriegspartei gehört die Verschärfung der innerstaatlichen Diktatur, wobei der Kern der diktatorischen Bestrebungen die Notstandsgesetze sind, die unter dem Druck des wachsenden Widerstandes der Volksmassen vor der Wahl zurückgestellt werden mußten. Doch besteht gar kein Zweifel daran, daß ihre Verabschiedung eine der ersten Aufgaben des „neugewählten“ Bundestages sein soll. So erklärte Schröder am 10. Januar 1981 vor der CDU-Fraktion des Bundestages: „Wir können deshalb nur hoffen, daß die Bundestagswahlen uns die Mehrheit bringen, die wir für die Durchsetzung unserer Ziele benötigen.“

Schröders Notstandspläne aber sind das 'Programm für die Errichtung einer perfekten faschistischen Diktatur. Sie sehen die Errichtung des Ausnahmezustandes mit allen Konsequenzen vor: Völlige Ausschaltung des Parlaments. Zusammenfassung der gesamten Exekutivgewalten den Händen der Bonner Regierung — wobei Strauß mit der Errichtung eines „Nationalen Leitungsstabes“ den Kreis der Regierung noch einschränken will —, unbeschränkter Einsatz der Polizei und Armee, Außerkraftsetzung der Grundrechte, Verhaftung ohne richterlichen Befehl, Zentralisierung aller Finanzmittel, einschließ-

lich der der Städte und Gemeinden, Beseitigung der Unabhängigkeit der Gewerkschaften und des Streikrechts und absolute Gleichschaltung der Gewerkschaften nach dem Vorbild der Hitlerschen Arbeitsfront. Ausdrücklich wird in der regierungsamtlichen Begründung darauf hingewiesen, daß auch „Arbeitskämpfe“, also bereits Lohnstreiks, einen „Notstand“ herbeizuführen vermögen.

Ganz offensichtlich wird hier die Parallele zu den Hitler-Wahlen vom 5. März 1933, jenen Wahlen, die die Nazifaschisten ihrer Machtübernahme folgen ließen, um die nötige Mehrheit im Reichstag für die Annahme des „Ermächtigungsgesetzes“ vom 24. März 1933 zusammenzubringen und damit auf scheinbar legalem Wege die Errichtung der faschistischen Diktatur zu vollenden. Doch auch für den Fall, daß sich der neue Bundestag nicht völlig willfährig zeigen sollte, hat Schröder schon das Rezept bereit: Die Bonner Regierung werde sich „im Ernstfall auf den Notstandsvorbehalt der alliierten Streitkräfte und auf das übergesetzliche Notstandsrecht stützen müssen“, verkündete er auf dem CDU-Parteitag in Köln.

Sehr aufschlußreich ist dazu eine weitere Passage aus dieser Rede. Auf die Frage, ob die strafrechtlichen Vorschriften zum Schutz des Staates streng und planmäßig genug angewendet werden, antwortete er: „Die verderbliche Milde mancher Gerichtsentscheidung und manches Antrags einer Staatsanwaltschaft mußte unsere Besorgnis erregen. Wir werden energisch darauf dringen müssen, daß dem Staatsschutz aller Ernst und aller Nachdruck gewidmet wird. Die Frage schließlich, ob die uns gegebenen gesetzlichen Handhabungen genügen, die innere Sicherheit der Bundesrepublik zu schützen, läßt heute noch keine befriedigende Antwort zu.“<sup>7</sup>

14 000 politische Verfahren allein vom Bundesgerichtshof aus, über 108 000 politische Verfahren insgesamt, von denen nahezu eine Viertel Million Männer und Frauen betroffen sind, das genügt Herrn Schröder und seinen Hintermännern noch nicht. Urteile von einem Jahr, von eineinhalb und zwei Jahren Freiheitsentzug gegen Friedenskräfte sind ihm zu wenig. Er will Friedhofsruhe schaffen, eine Atmosphäre der Angst. Wo unterscheidet sich das noch von Hitlerschen Methoden? Die Nazis zündeten den Reichstag an, um eine Handhabe zum Verbot der KPD, dem konsequentesten Gegner des Faschismus, zu haben. Wenn die Bonner Ultras auch nicht den Bundestag anzündeten, sondern ganz „demokratisch“ ein Gerichtsverfahren durchzuführen, so ist das Ergebnis das gleiche. Zu dieser schein-demokratischen Maskierung zwingt sie das veränderte Kräfteverhältnis in der Welt und in Deutschland selbst.

Was die fehlenden gesetzlichen Handhabungen im einzelnen betrifft, so hat der Bonner Justizminister den Faschisierungsgesetzen insbesondere den Entwurf der „Großen Strafrechtsreform“ hinzugefügt. Danach kann gegen sogenannte Hangtäter auf unbestimmte Dauer die „vorbeugende“ oder „Sicherungsverwahrung“ angeordnet, das heißt ein KZ-Regime für politische Gegner des militaristischen Regimes eingeführt werden.

\*-> Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 26. Juli 1961.

6 vgl. Winzer in: ND (Ausg. B) vom 29. Juli 1961.

7 Union in Deutschland, Informationsdienst der CDU/CSU vom 4. Mai 1961.